Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 10

Artikel: Umweltschutz in der politischen Wirklichkeit der Schweiz : ein Trauerspiel oder Feuerwehr ohne Schläuche : Fakten und Argumente aus der politischen Praxis

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340022

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pendlerverkehr versucht wurde, indem die Räte diesen Vorschlag zur Weiterbehandlung weiterleiteten.

● In der *Energiepolitik,* wo die Fraktion darum rang, Mittel für eine sparsame Energieverwendung sowie für Energiesparprogramme der öffentlichen Hände zu bekommen, musste erneut eine Niederlage in Kauf genommen werden, da die bürgerliche Mehrheit sich gegen eine Energieabgabe auf dem den üblichen Haushaltverbrauch übersteigenden Verbrauch ablehnte. Sowohl im Ständerat wie im Nationalrat wehrte sich die Fraktion gegen die bürgerliche Auffassung, die Energieversorgung könne nur von der Angebotsseite her beeinflusst werden. Weder diese Mehrheit noch der Bundesrat schienen entschlossen, eine ernsthafte Nachfragebeeinflussung ins Auge zu fassen.

● Heinz Bratschi (BE) verlangte in einer Motion zudem die Förderung von Energiesparmassnahmen, insbesondere im umbauten Raum, die Förderung der regenerierbaren Energien (v.a. Sonnenenergie) sowie Holz und Wärmepumpen. Die Finanzierung über eine Energieabgabe sollte geprüft werden, und schliesslich sollten die Kantone zu Vorschriften über energiesparendes Bauen und Heizen angehalten werden.

● Zur Erteilung der Rahmenbewilligung für *Kaiseraugst* sagte der Ständerat mit 32:10 Stimmen ja. Mit Verweis auf das Atomgesetz argumentierten die Sozialdemokraten vergeblich gegen dieses neue Werk, indem sie darlegten, dass der Bedarfsnachweis fehle, der Standort in einer Region mit einer halben Million Einwohnern und mit einer bereits vorhandenen Konzentration von Atomkraftwerken im Dreiländereck sei. Ganz abgesehen, dass die Kosten für ein derartiges Werk zunehmend teurer werden, wie diejenigen für Leibstadt mit nahezu einer Verdoppelung innert fünf Jahren zeigen.

3. Lebensqualität

Mit zur besseren Lebensqualität gehören ein Dach über dem Kopf, das nicht gleich den Hauptteil des Verdienstes auffrisst, einen Konsumentenschutz anstreben, der den Käufer vor Übervorteilung und gegen Fehlkäufe schützt, und dort politisch wirksam werden, wo eine rein mengenorientierte Nahrungsmittelproduktion zu Missbräuchen in der Verwendung von künstlichen chemischen Stoffen führte. Schwergewichte solzialdemokratischer Parlamentspolitik waren deshalb Vorstösse im Bereich des *Mieterschutzes*, des *Konsumentenschutzes* und gegen die skandalöse Verwendung von *Hormonen* in der Tiermast. Zudem wurde auch verlangt, dass der Bund bei der Erstellung *preisgünstiger Wohnungen* tatkräftig mitwirke. Bürgerliche Politiker wollten ihr staatsfeindliches Rezept — bisher dank unserer wirksamen Opposition erfolglos — insbesondere auch am *Bundesamt für Wohnungswesen* ausprobieren. Im Rahmen der Aufgabenteilung sollte dieses Amt, das nachweislich Tausende von preisgünstigen Wohnungen förderte, wegoperiert werden. Dabei stiessen die Bürgerlichen allerdings sogar auf den Widerstand des Baugewerbes, das offensichtlich den Segen dieser Bundestätigkeit im Verlauf der Jahre eingesehen hatte. (SPS)

Umweltschutz in der politischen Wirklichkeit der Schweiz

Ein Trauerspiel oder Feuerwehr ohne Schläuche

Fakten und Argumente aus der politischen Praxis

1. Demontage des Umweltschutzgesetzes

Verzögerungen

1971: Verfassungsartikel im Verhältnis 12:1 angenommen.
1973: Kommission Schürmann legt Gesetzesentwurf vor.
1979: Erst nach 6 Jahren folgt die Botschaft des Bundesrates.
1982: Gesetz im Nationalrat.
1983: Gesetz im Ständerat.
1985: d.h. 14 Jahre nach der Verfassungsabstimmung würde das Umweltschutzgesetz in Kraft treten. Der Vollzug des Gesetzes ist in Frage gestellt.

Obschon die meisten Schweizer für den Umweltschutz sind, ist das Umweltschutzgesetz seit 1971 immer wieder verzögert, demontiert und misshandelt worden. Diejenigen, welche das gemacht haben, präsentieren sich heute als grüne, umweltfreundliche Politiker!

Demontage der Vorlage durch den Ständerat

Der Ständerat hat gegen die Stimme und den verzweifelten Widerstand der SP-Ständeräte folgende Abschwächungen und Verwässerungen des Gesetzes beschlossen:

● Das Recht der Umweltorganisationen, gegen fehlerhafte oder unvollständige Umweltverträglichkeitsprüfungen von

Grossanlagen (wie Nationalstrassen, Eisenbahnanlagen, Grossfabriken usw.) Beschwerde zu führen, die sogenannte Verbandsbeschwerde, wurde gestrichen.

● Ebenso gestrichen wurde das Recht des Bundes, gegen mangelhafte Vollzugsmassnahmen in Gemeinden und Kantonen Beschwerde zu erheben, die sogenannte Behördenbeschwerde. Der Bund verfügt damit nur über ungenügende Aufsichtsmittel zum richtigen Vollzug des Gesetzes.

● Die Kompetenz des Bundesrates: Vorschriften über Verpackungsmaterialien zu erlassen, wurde ebenfalls gestrichen, dies, obwohl die Behörden der Gemeinden und Kantone über die ständig steigenden Abfallberge klagen.

● Wer sein Wohngebäude gegen den Lärm einer erst nachträglich errichteten Anlage (Strassen, Fabriken, Flugeinrichtungen usw.) schützen muss, soll nach dem Ständerat 15% der Kosten für den Schallschutz selber tragen. In krasser Verletzung des Verursacherprinzips sollen also die Eigentümer, und damit letztlich auch die Mieter, für Kosten aufkommen, die ganz klar dem Inhaber der lärmigen Anlage anzurechnen wären.

2. Waldsterben

Das sind die Krankheitsbilder:
— Zuerst sterben die Weisstannen,
— dann andere Nadelbäume,
— später werden auch die Laubbäume betroffen.

Die Baumkrankheiten nahmen 1983 rasant zu: In Deutschland rechnete man 1982 noch damit, dass 25% der Nadelbäume erkrankt sind, 1983 spricht man bereits von 50%. Betroffen sind vor allem Lagen über 600 m.

Ursachen
Eindeutige Ursache des Waldsterbens ist die Umweltverschmutzung. Man streitet noch darum herum, welcher Faktor sich wie stark auswirkt. Entgegen früherer Annahme ist nicht nur der saure Regen dafür verantwortlich, sondern mehrere Faktoren miteinander.
Der Säuregehalt des Regens ist in zwei Jahrzehnten um das 10fache gestiegen.
— Schwefeldioxid (SO_2) im Regen stammt zu 78 Prozent aus dem Ausland.
— Stickoxide (NO_x): Diese wirken direkt auf Tannennadeln ein und sind nicht importiert, sondern hausgemacht. Drei Viertel der Stickoxide stammen von den Automotoren.
— Staub und Schwermetalle: Sie stammen in der Schweiz mehrheitlich aus Kehrichtverbrennungsanlagen. Der Bleistaub stammt vom Benzin.
Schliesslich verschlechtert der Wassermangel der Bäume die Gesamtsituation.

Massnahmen
Alle Parteien rufen heute nach Massnahmen gegen das Waldsterben. Wenn man sie nach konkreten Massnahmen fragt, so schlagen sie weitere Forschungsprogramme vor. Diese sind nicht überflüssig, aber man weiss heute bereits sicher genug, dass das Waldsterben von der Luftverschmutzung verursacht wird.
Wer wirklich nichts tun will, schlägt einfach weitere Forschungen vor! *Wenn der Wald brennt, sucht man auch nicht zuerst nach dem Brandstifter, sondern geht zuerst ans Löschen.*

3. Autoabgase

1974: wurde im Bericht des Bundesrates über Abgase und Lärm der Motorfahrzeuge eine Abgasverminderung auf 1982 angekündigt.

1979: wurde das Programm 1974 um 4 Jahre erstreckt: Die Abgasnormen müssen erst ab 1986 für die neuzugelassenen Fahrzeuge (Modell 87) gelten.

1982: wurde die erste Stufe der Abgasverminderung in Kraft gesetzt; z.B. bei Stickoxiden (NO_x) von 3,0 auf 1,9 Gramm pro km.

1986: soll die zweite Stufe für die neuen Modelle 87 in Kraft gesetzt werden; z.B. bei Stickoxiden (NO_x) von 1,9 auf 1,2 Gramm pro km.

Die Abgasvorschriften ab Modelljahr 1987 gelten von 1977–79 in den *USA* und sind seither weiter verschärft worden. Auch *Japan* hat strengere Abgasvorschriften als die Schweiz 1986.

Anmerkungen zu den Abgas-Normen des Bundes

1. Die Abgas-Normen gelten nur für neu in Verkehr gesetzte Autos, d.h. erst nach etwa 9 Jahren (1995) werden alle Autos den Vorschriften entsprechen.
2. Von 1971–81 hat sich die Zahl der Autos in der Schweiz genau verdoppelt, und die gefahrenen Kilometer sind über 50% gestiegen. Die GVK rechnet bis ins Jahr 2000 mit einem weiteren Anstieg. Das bedeutet, *dass bis 1986 die gesamte Schadstoff-Immission* in der Schweiz bestenfalls stabilisiert wird und erst ab 1987 ganz langsam sinkt. Aber auf jeden Fall sind die 1986er Limiten noch ungenügend!

Weitergehende Forderungen

— Die Abgasvorschriften müssen weiter verschärft werden. Ab 1988 braucht es eine zusätzliche Reduktion auf 0,6 Gramm NO_x pro km (wie in den USA).

— Ab 1986 auch in der Schweiz bleifreies Benzin.
— Diese neuen Abgasvorschriften erfordern einen Katalysator im Auto, der die Stickoxide weiter abbaut. Dieser kostet beim Serieneinbau 600–1000 Franken.

4. Phosphate in Gewässern

Herkunft

Phosphate stammen zu zwei Dritteln bis drei Vierteln aus Waschmitteln, der Rest kommt aus Fäkalien und Jauche.

Wirkungsweise

Phosphate wirken in Seen wie Dünger und forcieren damit die Algenproduktion. Algen sterben ab und verfaulen. Der Fäulnisprozess entzieht dem Wasser Sauerstoff. Der See gerät in «Atemnot», Fische und die anderen Lebewesen im See sterben ab.

SP-Forderung

Die Phosphate in den Waschmitteln sind sofort zu verbieten. Ersatzprodukte sind bereits auf dem Markt. Mehrkosten pro Waschgang betragen jetzt noch etwa 10 bis 20 Rappen. Bereits 1982 hatte Nationalrat Andreas Gerwig (BS) das Phosphatverbot beantragt. Andernfalls müssen 3. und 4. Klärstufen in den Abwasserreinigungsanlagen zur Entfernung des Phosphates gebaut werden. Das kommt gesamtschweizerisch auf Milliarden von Franken zu stehen.

5. Nitrate im Trinkwasser

Das schweizerische Lebensmittelbuch setzt als Grenze für Nitrat im Trinkwasser 40 Milligramm Nitrat pro Liter fest. In zahlreichen Gemeinden des schweizerischen Mittellandes ist diese Grenze überschritten.

Herkunft

Nitrat im Grundwasser stammt aus Überdüngung des landwirtschaftlichen Bodens. Das von Pflanzen nicht abgebaute Nitrat sickert, in Wasser gelöst, bis in den Grundwasserstrom durch. Auch Überdüngung durch Kunstdünger. Winterjauche auf den gefrorenen Böden, weil die Jauchegruben nicht mehr genügen. Winterjauchen sind an sich verboten!

Wirkungsweise

Nitrat kann sich im Magen zu Nitriten umbilden, die krebsbildend wirken können. Besondere Gefährdung zudem für Kleinkinder. Die Gefährlichkeit von Nitriten ist allerdings umstritten.

Forderung

Der Grenzwert im Schweizerischen Lebensmittelbuch ist gesetzlich nicht verbindlich. Die Kantonschemiker können ihn anwenden, müssen aber nicht. Es braucht einen einwandfreien, gesetzlich durchsetzbaren Grenzwert in der Lebensmittelgesetzgebung.

Ursachenbekämpfung für Nitrat im Trinkwasser besteht in einer anderen Landwirtschaftspolitik: chemiearme Produktion, keine Tierfabriken mit grossem Jaucheanfall.

6. Kehricht

Der Kehrichtanfall ist in der Schweiz von 1971–1981 von 260 auf 350 Kilogramm pro Kopf und Jahr angestiegen.

Probleme:

Entsorgung kostet. Die Kehrichtverbrennung erzeugt zwar Wärme, die als Fernwärme genützt werden kann. Der Rauch aus der Kehrichtverbrennung liefert aber auch Schadstoffe wie:

● Chlorwasserstoff: bildet mit Feuchtigkeit Salzsäure,
● Cadmium-Staub: aus gelben Farben und Batterien,
● weitere Schwermetalle wie Quecksilber (aus Batterien) usw.

Forderung:

— Vorschriften des Bundes über Verpackungen, wie im Umweltschutzgesetz vorgesehen, wurde aber vom Ständerat gestrichen,
— Vorschriften, evtl. Abgaben, für Flaschen-Normierung, Rückwegflaschen,
— Pfand für umweltschädigende Produkte, z.B. auf Quecksilber-Batterien, damit sie zurückgebracht werden,
— Recycling-Wirtschaft: z.B. Verteuerung unerwünschter Produkte, diese Abgaben zur Verbilligung der Wiederverwendung, Beseitigung usw. einsetzen (Umweltabgaben),
— amtliche Statistik über die Lebensdauer von Konsumgütern (Haushaltgeräte, Waschmaschinen, Autos) usw., damit der Käufer die Lebensdauer berücksichtigen kann.

7. Lärm

500 000–700 000 Einwohner in der Schweiz leiden unter Strassen- oder Bahnlärm (Lärmpegel zeitweilig über 70 Dezibel).

Massnahmen

— Arbeitsgesetzliche Lärmbekämpfung am Arbeitsplatz,
— schrittweise Verminderung der Grenzwerte für Autos und Motorräder (ist heute gesetzlich möglich),
— Lärmdämmung entlang den Strassen und Bahnen (Schallschutzwände, Lärmdämmfenster), und zwar zu Lasten des Verkehrs, nicht zu Lasten der Anwohner.

Lärmdämmung entlang der Autobahnen kann heute schon aus

Treibstoffzollzuschlag finanziert werden.

Lärmdämmung entlang der übrigen Hauptstrassen könnte in Zukunft auch aus den Treibstoffzöllen + Zollzuschlag finanziert werden. Allerdings sollen gemäss Plan des Bundesrates von 1800 Mio. Franken Strassengeldern nur 30 Mio. Franken für den Umweltschutz eingesetzt werden.

8. Chemie im Kochtopf

Vorfälle

— Hormone im Kalbfleisch (aus Futterzusatz),
— Antibiotika im Hühner- und Schweinefleisch (aus Futterzusatz),
— DDT und andere Chlorkohlenwasserstoffe (aus Pflanzenschutz),
— Nitrat im Wintersalat (aus Treibhäusern),
— Blei in Milch und Käse («Autobahn-Heu»),
— Aflatoxin in Nüssen (natürlicher Krebserreger aus Nusskuchen für Tierfutter).

Ursachen

Jeder chemische Fremdstoff in der Nahrung hat einen anderen Ursprung. Generell stammen die meisten Fremdstoffe aus der industriellen Herstellung der Nahrungsmittel, zum Beispiel für die Fleischproduktion in der industriellen Tierhaltung mit importierten Futtermitteln (Ölkuchen, Weizen, Fischmehle) mit Zusätzen (wie Antibiotika, Hormonen) usw.

Forderungen

1. Die SPS unterstützt die Futtermittelinitiative des Zentralverbandes Schweiz. Milchproduzenten: Beschränkung der Futtermittelimporte und vermehrte Futterbasis im Inland. Die SPS huldigt heute nicht mehr dem alten Rappenspalter-Konsumerismus: («Nur das Billigste ist gut genug.») Sie ist bereit, den Mehrpreis zur Erhaltung einer bäuerlichen und natürlichen Nahrungsmittelerzeugung zu zahlen.
2. *Förderung des biologischen und chemiearmen Landbaus.* Dies ist nicht nur eine ideologische Frage, sondern auch ökonomisch gerechtfertigt. Biologischer Anbau ist per saldo oft nicht schlechter als Chemie und Düngereinsatz. Detail zu diesem Kapitel: SPS-Dossier «Chemie im Kochtopf».

9. SP-Postulate

● Das Umweltschutzgesetz ist ein dringend notwendiger Schritt.
● Der Vollzug mit Verbandsklage und Behördenbeschwerde ist unumgänglich. Ohne die Möglichkeit für die Umweltverbände, Beschwerde führen zu können, bleibt das Gesetz eine Feuerwehr ohne Schläuche.
Deshalb braucht es eine Umweltinitiative gegen das Waldsterben.
Die SPS unterstützt im weiteren
● die Energieinitiative
● die Atominitiative II
● die Rothenthurminitiative
● die Stadt-Land-Initiative
● die Futtermittel-Initiative.

Kommen Sozialdemokratie und Gewerkschaften überhaupt noch weiter?

Neue Technologien und die Folgen

Von Sabine Ruwwe

Die Frage nach den Folgen von neuen Technologien steht schon längere Zeit im Raum. Noch immer gehen Sozialdemokratie und Gewerkschaften dieses Thema nur mit grösster Zurückhaltung an. Nicht nur in der Bundesrepublik. Immer wieder schiebt sich Pragmatismus in den Vordergrund, wozu die Erpressung mit den Arbeitsplätzen Vorschub leistet. Mit dem Arbeitsplatzargument werden bald jeder politsche Blödsinn und die schwersten politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Unterlassungssünden gutgeheissen, selbst wider besseres Wissen. Sabine Ruwwe zeigt in der folgenden Arbeit die Folgen dieser defensiven Politik und was dagegen zu unternehmen wäre. Sabine Ruwwe (36) hat Industriekaufmann gelernt. Von 1975 bis 1980 war sie Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Hessen-Süd, zuständig für Energie- und Umweltpolitik. Sie ist Hauptverfasserin der «Grundlagen für ein ökologisch-ökonomisches Gesamtkonzept», das der SPD-Bundesparteitag 1979 beschlossen hatte.

Die Ökologiediskussion und die Diskussion um Fragen einer wirksamen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik haben einige neue, immer aktueller werdende Fragen herauskristallisiert, die in der SPD zu neuen Denk- und Strategieansätzen Anlass geben müssten:

● Es geht nicht allein um eine allgemeine Gesellschafts- oder Kapitalismuskritik schlechthin, sondern diese Kritik ist radikaler, als es nach traditionellen linken und marxistischen Denkkategorien möglich war.